

20. DEZEMBER 2018

LINKE gegen zusätzliche Hürden bei Zugang zu Psychotherapie



Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft wendet sich mit einem Bürgerschaftsantrag gegen weitere Zugangshürden zu Psychotherapien. Sie kritisiert die Pläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für die Einführung einer gestuften und gesteuerten Versorgung beim Zugang zu Psychotherapien. Mit dem heute eingereichten Papier fordert sie den Bremer Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Streichung der betreffenden Passage im Gesetzesentwurf einzusetzen.



Der Entwurf für das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) sieht eine vorgeschaltete Begutachtung der therapiebedürftigen Person - vor der eigentlichen Psychotherapie vor, um die Dringlichkeit der Behandlung einzustufen. Besonders schwerwiegenden Fällen soll damit ein schnellerer Zugang zu einer Therapie erleichtert werden.

„Das Bemühen einen niedrigschwelligen Zugang zu einer Behandlung zu ermöglichen, wird mit dieser Idee völlig ad absurdum geführt“, erklärt **Peter Erlanson**, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Betroffene werden gezwungen ein weiteres Mal ihre seelischen Problemlagen und Verletzungen vor einem anderen Menschen offenzulegen. Dies ist nach unserem Empfinden für viele Menschen eine zusätzliche Hürde auf dem Weg zu einer Therapie, aber keine Erleichterung und somit völlig

kontraproduktiv. Wir fordern den Senat mit unserem Antrag auf, sich im Bund klar zu positionieren im Sinne der Betroffenen. Diese Passage muss gestrichen werden“, erklärt der Bürgerschaftsabgeordnete.

Mit dieser Kritik steht DIE LINKE nicht allein. Zahlreiche Berufsverbände wie zum Beispiel die Bremer Psychotherapeutenkammer laufen Sturm gegen die gestufte und gesteuerte Versorgung und eine Petition zur Ablehnung des Gesetzes wurde bundesweit bereits von knapp 200.000 Menschen unterzeichnet.

Erlanson abschließend: „Erst im vergangenen Jahr wurde die Richtlinie für die Vergabe von Therapieplätzen überarbeitet. Es gibt jetzt extra Sprechstunden für Menschen, die sich in einer prekären Krisensituation befinden, sogenannte Akutstunden. Nach unseren Informationen hat diese Regelung bereits zu einem schnelleren Therapiezugang geführt. Um die Auswirkungen in Bremen genauer beurteilen zu können, haben wir in unserem Antrag zusätzlich um einen Bericht in der zuständigen Gesundheitsdeputation gebeten.“

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-BREMEN.DE/NC/BUERGERSCHAFT/AKTUELL/DETAIL/ARTIKEL/LINKE-GEGEN-ZUSAETZLICHE-HUERDEN-BEI-ZUGANG-ZU-PSYCHOTHERAPIE/](http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/aktuell/detail/artikel/linke-gegen-zusaetzliche-huerden-bei-zugang-zu-psychotherapie/)